

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gesundheitsversorgung ist in Niedersachsen ein wichtiges Thema. Im ganzen Land, auch in der Fläche, brauchen wir eine gute Versorgung mit Haus- und Fachärzten, Apotheken und wohnortnahen Krankenhausstandorten. Wir wollen die Versorgung mit Alten- und Pflegeheimen einschließlich neuer Wohnformen erhalten und bedarfsgerecht ausbauen.

Die Folgen der demografischen Entwicklung werden uns alle in den nächsten Jahren vor neue Herausforderungen stellen. Denn die durchschnittliche Lebenserwartung steigt weiter an. Die Zahl der über 60-jährigen wird weiter wachsen. Anforderungen und Bedingungen der Gesundheitsversorgung werden sich daher verändern. Andere Krankheitsbilder und Behandlungsmethoden werden in den Vordergrund rücken. Dies wird sich auch auf das Wohnen im Alter und die Pflege auswirken. Auf diese Veränderungen ist Niedersachsen gut vorbereitet.

Die wichtigsten Fakten und Neuerungen stellen wir Ihnen mit dieser Publikation zur Verfügung. Für Fragen und Anregungen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Heidemarie Mundlos
Heidemarie Mundlos

Norbert Böhle
Norbert Böhle

Ihre Ansprechpartner in Sachen Gesundheit in Niedersachsen:



Heidemarie Mundlos Mdl.
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende



Norbert Böhle Mdl.
Vorsitzender des Arbeitskreises
Soziales und Gesundheit



Simone Waldorf
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Impressum

Diese Publikation darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

Herausgeber:

CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover

Telefon 0511 – 3030 4127

Fax 0511 – 3030 4868

Internet www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

V.i.S.d.P.

Jens Nacke Mdl., Parlamentarischer Geschäftsführer

Konzept, Redaktion:

Reitzenstein | Lenk

Agentur für PR und CSR GBR
www.agentur-reitzenstein.de

Layout:

Gestalt und Form

Agentur für Unternehmenskommunikation
www.gestalt-und-form.de



➤ **Gesundes Niedersachsen**

Anforderungen an eine moderne Gesundheitsversorgung



CDU FRAKTION
im Niedersächsischen Landtag



Die wesentlichen Punkte im Überblick

➤ **Ärzterversorgung in Niedersachsen**

Die Versorgung mit Allgemeinmedizinerinnen und Fachärztinnen ist eines der wichtigsten Anliegen in der Sozialpolitik. Dabei geht es um Anreize für junge Mediziner, sich als Hausarzt gerade auch im ländlichen Raum niederzulassen und um die Aus- und Weiterbildung dieser Ärzte. Niedersachsen bietet mit der „European Medical School Oldenburg-Groningen“ bundesweit erstmals ein grenzüberschreitendes Studienangebot. Wir stehen für ein Miteinander der Kommunen, der Ärztereinigungen und des Landes zum Wohl der Bürger. Dazu gehört die Entlastung der Ärzte wie beispielsweise durch das Projekt „Modell Niedersachsen“ (MoNi) und die Zukunftsregionen Gesundheit in Niedersachsen, in denen die Verknüpfung von Haus- und Fachärzten, den Gesundheitsberufen und den Krankenhäusern eingeführt wird.

➤ **Herausforderungen in der Pflege**

Die Menschen in Niedersachsen freuen sich über eine immer höhere Lebenserwartung. Dadurch kommen auf unsere Sozialsysteme, insbesondere im Bereich der Pflege, neue Herausforderungen zu. Dem wollen wir uns stellen. Im neuen niedersächsischen Heimgesetz werden alternative Wohnformen und mehr Selbstverantwortung berücksichtigt. Das bedeutet aber auch, dass wir mehr Nachwuchs in den Pflegeberufen brauchen. In einem Modellprojekt in Gifhorn wird die Zusammenlegung der Kranken- und Altenpflegeausbildung erprobt, ein Projekt, das Schule machen könnte.



➤ **Krebsregister**

Vor dem Hintergrund der in manchen Regionen gehäuften Krebserkrankungen in Niedersachsen setzen wir in Zusammenarbeit mit der Landesregierung und dem federführend zuständigen Sozialministerium auf offene und transparente Verfahren. Die vorhandenen Daten des Epidemiologischen Krebsregisters EKN müssen ausgewertet werden und, wo nötig, durch weitere noch zu erhebende Daten ergänzt werden. Die Ursachen für die Entstehung von Krebserkrankungen, insbesondere von Leukämie, müssen erforscht werden.

➤ **Krankenhäuser in Niedersachsen**

Eine flächendeckende und wohnortnahe Versorgung mit Krankenhäusern ist in Niedersachsen gewährleistet. Dazu stellen wir den Krankenhäusern in den Jahren 2011 bis 2013 ein Investitionsprogramm mit insgesamt 360 Millionen Euro zur Verfügung, um den Aus- und Umbau der Häuser und ihre Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten.

➤ **Multiresistente Keime**

Niemand möchte während seines Krankenhausaufenthaltes an antibiotika-resistenten Keimen erkranken. Die bestehenden Netzwerke in Niedersachsen zur Bekämpfung dieser Keime sollen vernetzt und ausgebaut werden. Eingebunden werden sollen alle Organisationen des Gesundheitswesens, also von der Hausarztpraxis, über den Krankentransport, bis zu den Krankenhäusern. Hier wird die Frage der Einrichtung des Amtes eines Hygienebeauftragten zu prüfen sein.



➤ **Neonatalogische Versorgung**

Bei der Versorgung von früh- und frühstgeborenen Kindern setzen wir auf die größtmögliche Ausstattung mit Personal, Technik und auf die größtmögliche Erfahrung in der Pflege. Die Einführung der Mindestzahlen von 30 Fällen pro Klinik für Kinder unter 1.250 Gramm begrüßen wir im Einklang mit den Elternverbänden. Die flächendeckende Versorgung bleibt erhalten, da die Fallzahlenbegrenzungen für Kinder mit einem Geburtsgewicht zwischen 1.250 und 1.500 Gramm aufgehoben wird. Ausnahmen und Zusammenschlüsse von Kliniken bleiben weiterhin möglich.

➤ **Nichtraucherschutz**

Das Gesetz zur Einführung des Nichtraucherschutzes hat sich ausdrücklich bewährt. Nichtraucher werden vor den Gefahren des Passivrauches geschützt, während in Einraum-Gaststätten unter bestimmten Voraussetzungen weiter geraucht werden darf. In der im Jahr 2010 durchgeführten Evaluation des Gesetzes zeigten sich alle Beteiligten, einschließlich der kommunalen Spitzenverbände, der Niedersächsischen Krankenhausgesellschaft und des Hotel- und Gaststättenverbandes, zufrieden mit den Regelungen.

➤ **Heimgesetz**

Die Zuständigkeit für das Heimgesetz ist auf die Länder übergegangen. Niedersachsen wird ein neues Heimgesetz verabschieden, das die Herausforderungen durch den demografischen Wandel aufgreift und für mehr Selbstverantwortung, alternative Wohnformen z.B. bei Demenzerkrankungen und weniger Bürokratie in der Pflege stehen wird.